

# Aus dem Hessischen Landtag

## 25.11.2016

Eva Goldbach MdL  
Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

### Lacher der Woche

Große Heiterkeit löste **Tarek al Wazir** aus mit dem Satz:  
„Ich bin rot-grün-schwach.“

Thema waren die Farben auf den Autobahn-Bannern „Rettungsgasse“. Der Abgeordnete Warnecke (SPD) hatte den Minister aufgefordert, sich durch Augenscheinnahme davon zu überzeugen, dass die Farben nicht gut lesbar seien.

Im **Fokus der Plenarwoche** insgesamt stand der **Haushalt 2017**.



Für die GRÜNEN stand neben Anträgen zu Umweltschutz, Bildung, Wohnen oder Nahverkehr besonders die Fortsetzung des „Aktionsplans für Flüchtlinge und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ im Vordergrund. In unserem Setzpunkt im Rahmen der Aktuellen Stunde am Donnerstag thematisierten wir die zunehmende verbale

Gewalt im Internet, die oft demokratieverachtend, fremdenfeindlich, rassistisch, antisemitisch, flüchtlingsfeindlich und homophob ist.

Auf [www.gruene-hessen.de/landtag/plenum](http://www.gruene-hessen.de/landtag/plenum) stehen die wichtigsten Informationen zur Plenarwoche zur Verfügung.

---

### Haushalt 2017 - Etat stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt

Im Folgenden finden Sie Schwerpunkte der hessischen Regierungskoalition, die im Haushaltsentwurf 2017 verankert sind.

## Verkehr

### 1. ÖPNV

Die Regionalisierungsmittel des Bundes in Höhe von 11,1 Mio. Euro werden vollständig an die Verkehrsverbünde weitergeleitet. Für den Betrieb von Bussen und Bahnen stehen in Hessen in den kommenden Jahren rund vier Milliarden Euro bereit. Dazu stockt das hessische Verkehrsministerium die Zuschüsse für den ÖPNV erheblich auf.



Die Verkehrsverbünde RMV, NVV und VRN erhalten in den Jahren 2017 bis 2021 jährlich rund 800 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 20 Prozent im Vergleich zur aktuellen Finanzierungsperiode.

[Mehr Informationen hier.](#)

### 2. Schülerticket

In Hessen wird zum Schuljahr 2017/18 das landesweite Schülerticket eingeführt. Schülerinnen, Schüler und Auszubildende können damit für 365 Euro im Jahr die Busse und Bahnen des öffentlichen Nahverkehrs in ganz Hessen jederzeit nutzen. Das Land stellt in den Jahren 2017 bis 2020 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 61,5 Mio. Euro für das Schülerticket zur Verfügung.

[Mehr Informationen hier.](#)

## Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

1. „**Werte-Projekt**“: Zur Vermittlung einer gemeinsamen Wertebasis werden 500.000 Euro zur Verfügung gestellt.

2. Um noch mehr junge Menschen in Ausbildung zu bringen, wird es ein Programm zur **Berufsvorbereitung für Hauptschulabgänger** ohne Abschluss



geben. Für junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 22 Jahren werden 700 Plätze in Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung geschaffen. Siebzig Prozent der Plätze sind für Flüchtlinge vorgesehen, dreißig Prozent für junge

Menschen, die schon länger in Deutschland leben und keinen Schulabschluss haben. Dafür werden Haushaltsmittel in Höhe von 1.340.000 Euro bereit gestellt.

3. Um einen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Menschen im **Nordirak** zu leisten, sollen insgesamt eine Mio. Euro ausgegeben werden. Das Geld fließt an THW (child friendly spaces), ein Jesidisches Waisenhaus und das DRK.
4. Ein wichtiger Schritt zur Integration von Flüchtlingen sind **berufsbezogene Sprachkenntnisse**. Das bestehende Programm wird um 2,6 Mio. Euro aufgestockt und für weitere Flüchtlingsgruppen geöffnet. Damit auch Frauen mit Kindern an den Sprachkursen teilnehmen, wird während der Sprachkurse eine Kinderbetreuung angeboten.
5. Das **WIR-Programm** zielt auf die Weiterentwicklung von Strukturen in allen öffentlichen Lebensbereichen, um sie auf eine vielfältiger werdende Gesellschaft auszurichten und um allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Chancen auf Teilhabe zu eröffnen. Die Träger der Projekte, die mit „WIR“ gefördert werden, können kommunale, kirchliche, oder freigemeinnützige sein, auch Migranten-Selbstorganisationen. Hierzu werden 3,25 Mio. Euro im Haushalt 2017 eingestellt.
6. Für die **Kommunen** stehen bis zum Ende der Legislaturperiode pro Jahr 1,8 Mio. Euro im Haushalt zur Verfügung. U.a. fördert das Programm einen Koordinator/Streetworker als Schnittstelle zwischen Kommune, sonstigen offiziellen Stellen, HEAE, Vereinen und Verbänden, Ehrenamtlichen und Bevölkerung. Für die Erweiterung des Programms um niedrighschwellige Angebote in prekären Stadtteilen stehen zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung.

## Landwirtschaft und Umwelt

1. Für unsere **Landwirte** hat die Regierungskoalition zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Millionen Euro als Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (so genannte AGZ-Mittel) vorgesehen, um insbesondere den grünlandbewirtschaftenden Viehbetrieben auch in 2017 eine finanzielle Unterstützung in der immer noch schwierigen Marktlage zukommen zu lassen. Bereits im aktuellen Jahr hatte die Landesregierung die gleiche Summe in die Hand genommen, um Milchbauern in der Milchkrise zu unterstützen.
2. Auch an unsere **Schafhalter** ist im aktuellen Haushaltsentwurf gedacht. Wir wissen nicht, ob und wann wieder mehr **Wölfe** ihren Weg nach Hessen finden,



deshalb finanziert die Landesregierung vorsorglich Präventionsmaßnahmen in Wolferwartungsgebieten beteiligt sich die Landesregierung zukünftig an den Kosten, die durch einen erhöhten Kontrollaufwand in der Schafhaltung oder für einen verbesserten Zaunschut bei ortsfest auftretenden Wölfen entstehen. Und: falls es doch zu Schäden durch Wölfe kommt, sollen auch Entschädigungsleistungen geprüft werden.

3. Für den **Klimaschutz** stehen im nächsten Jahr 8,5 Millionen Euro bereit. Damit können erste wichtige Maßnahmen aus dem Klimaschutzplan umgesetzt werden, der nach einem breiten Beteiligungsprozess in den nächsten Monaten beschlossen werden soll. Auch damit wäre dann ein weiterer **Schwerpunkt** aus unserem Koalitionsvertrag umgesetzt.

## Sicherheit

1. In 2017 werden weitere 570 Stellen im Bereich der Polizei geschaffen.
2. Die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und religiösen Extremismus wird ausgebaut. Dafür stehen über vier Millionen Euro in 2017 zur Verfügung.
3. Kommunen können Landesmittel zur Einrichtung einer Videoüberwachung an Kriminalitäts-Brennpunkten beantragen.



## Bildung

1. Für den Ausbau des Ganztagschulangebots, der Integration von Migrantinnen und Migranten, der Umsetzung der Inklusion und den Ausbau der Lehrer-zuweisung nach Sozialindex“ werden in 2017 weitere 1100 voll unterrichtswirksame Stellen geschaffen.
2. Weitere 600 Stellen kommen nochmal hinzu, um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Beamten von 42 auf 41 Wochenstunden auszugleichen.



Bildquelle: Dieter\_Schütz/pixelio.de

## Justiz

1. Die sogenannte „**Gitterzulage**“ für Vollzugsbeamte wird erhöht. Dafür werden 1,15 Mio. Euro im Haushalt 2017 eingestellt.



2. Dort, wo Bedarf in den Gerichten besteht, wird der Stellenabbau ausgesetzt. Insgesamt werden **15,5 Millionen Euro** mehr im Justizhaushalt 2017 investiert.

3. Auch in Offenbach wird ein „**Haus des Jugendrechts**“ eingerichtet. Dort arbeiten vier Institutionen unter einem Dach zusammen: Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich. Das gemeinsame Ziel der Institutionen ist es, durch Prävention Straftaten zu verhindern und gemeinsame Erkenntnisse und Erfahrungen zu nutzen. Die Kosten zur Einrichtung betragen 519.000 Euro. Häuser des Jugendrechts gibt es schon in Frankfurt-Höchst, Frankfurt-Nord und Wiesbaden.

## Nachhaltig Haushalten und Steuergerechtigkeit

1. Um Steuerhinterziehung zu bekämpfen, wird die hessische Finanzverwaltung im Haushalt 2017 mit 80 Stellen im Innendienst, 35 Stellen in der Steuerfahndung und 650 Stellen für Anwältinnen und Anwältler gestärkt.



2. Die hessischen Kommunen erhalten mit 4,587 Milliarden Euro so viel Geld vom Land wie noch nie zuvor. Der bedarfsgerechte kommunale Finanzausgleich unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.
3. Im Landes-Haushalt für 2017 wird die Schuldenbremse weiterhin verlässlich umgesetzt.

## Städtebau und Wohnungswesen

Im Haushaltsjahr 2017 sollen fast 100 Millionen Euro Städtebaumittel zur Verfügung stehen. Die ursprünglich veranschlagten Mitten haben die Koalitionsfraktionen per Haushaltsantrag nochmal um 30 Millionen Euro erhöht; damit reagieren wir auf eine kurzfristig erfolgte Erhöhung der Bundesmittel für die Programme " Soziale Stadt" und "Stadtumbau" sowie auf ein vom Bund ab 2017 neu geplantes Programm für "Soziale Integration im Quartier". Mit den Programmen sollen vor allem Orte der Integration im Quartier gefördert werden, darunter Stadtteilzentren, Schulen und Kitas - also Maßnahmen, die auch einer guten Integration von Flüchtlingen zugutekommen.



Gegen den Wohnungsmangel in bestimmten Gebieten Hessens setzt die schwarz-grüne Koalition in Hessen auch wieder auf den Ankauf von Belegungsrechten. Ein entsprechender Haushaltsantrag der Koalitionsfraktionen sieht vor, dass dafür in 2017 und 2018 insgesamt vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

## Sozialpolitik

1. Das Sozialbudget wird mit 70 Millionen Euro fortgeschrieben.
2. Die Betreuungsvereine in Hessen werden unterstützt und gestärkt.

## Windstrom aus Kirtorf

Im **Kirtorfer Kommunalwald** entstehen derzeit drei Windkraftanlagen – ein Gemeinschaftsprojekt der ovag Energie AG und der Energiegenossenschaft Vogelsberg eG (EGV).



Ende 2016 sollen sie ans Netz gehen und mit rund **18,5 Mio. kW/h** elektrischer Energie den **Jahresstromverbrauch von etwa 5.300 Haushalten**

decken. Mit der Leistung des Parks können pro Jahr rund 11.100 t CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der konventionellen Stromerzeugung vermieden werden. Bürgermeister Ulrich Künz ist von der Bedeutung regenerativer Energieerzeugung überzeugt. Er plädiert dafür, die wirtschaftlichen Erträge der Investitionen in diesem Bereich in der Region zu lassen. Die Kirtorfer Bürgerinnen und Bürgern haben ihr Vorzeichnungsrecht auf Anteile und Nachrangdarlehen aus diesem Projekt stark genutzt.

[Lesen Sie den vollständigen Artikel auf nh24.de.](#)

## Unsere Zukunft entscheidet sich im Ländlichen Raum

Auf der Berliner Herbstkonferenz „Trendwende Land? – Neuer Blick auf ländliche Regionen“ wurde eine **spürbare Trendwende für die ländlichen Regionen gefordert**. Menschen in ländlichen Regionen dürfen nicht das Gefühl haben, abgehängt zu sein. In ganz Deutschland müssen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden.



Dazu soll u.a. das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung soll von 10 auf 55 Millionen Euro aufgestockt werden. Das [neue Programm „500 Landinitiativen“](#) trägt zur Integration von Flüchtlingen in die Dorfgemeinschaft bei und fördert zudem Engagement und Zusammenhalt auf dem Dorf.

[Den Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Ländlichen Räume 2016 finden Sie hier.](#)

Viele weitere Informationen finden Sie im [Portal Zukunft.Land des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft](#) (BMEL).

---

## Kurz notiert

### CHANCEN ERGREIFEN UND VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN



Ich bin zur Direktkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 173 Gießen/Vogelsberg für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Bei der gemeinsamen Mitgliederversammlung der Kreisverbände Gießen und Vogelsberg haben sich 24 der 26 Wahlberechtigten für mich ausgesprochen und mir außerdem ein Votum für die Kandidatur auf dem Landeslistenplatz 5 erteilt – dafür an dieser Stelle nochmal ein **herzlicher Dank an alle Unterstützer\*innen!** Die Landesliste wird am 26. November auf der Landesmitgliederversammlung in Gießen aufgestellt.

Zwei Umstände haben zu meiner Kandidatur geführt. Das ist zum einen die Tatsache, dass Tom Koenigs leider nicht mehr für Gießen-Vogelsberg kandidiert und wir dann keine Vertretung für Mittelhessen in der Bundestagsfraktion hätten. Außerdem wollen zwei Frauen nicht mehr auf die Landesliste: Priska Hinz und Nicole Maisch. Jetzt werden neue Kandidatinnen für Hessen gebraucht – und es schadet ja nicht, wenn darunter eine Frau ist, die Erfahrung in der parlamentarischen Arbeit und in einer Regierungskoalition gesammelt hat. Es gibt Situationen im Leben, in denen man Chancen ergreifen und Verantwortung übernehmen muss.

Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf mit den Grünen. Wir werden kämpferisch sein, wo es um die Verteidigung unserer Grundwerte geht. Und wir werden Hoffnung verbreiten, wenn es um die Zukunft geht. Die wollen wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern und zum Wohle aller Menschen in diesem Land gestalten.

### WIDERSTAND GEGEN ORTSUMGEHUNG B254N



Der Bundesverkehrswegeplan wird in ganz Deutschland umgesetzt. In ganz Deutschland? Nein, da gibt es **zwei Gemeinden im Vogelsberg**, in denen sich **Widerstand gegen einen gewaltigen Eingriff in Natur und Landschaftsbild** regt.

Innerhalb von nur zwei Wochen haben zwei Bürgerinitiativen Wartenberg und Lauterbach **über 1500 Unterschriften gegen den Bau** der geplanten Ortsumgehung der B254 gesammelt. In Wartenberg haben sich rechnerisch 20 % der wahlberechtigten Bevölkerung gegen die gigantische Baumaßnahme, die mit ihren über 20 Brückenbauwerken und einen Flächenverbrauch von 820.000 m<sup>2</sup> das Gesicht dieser Region für immer dramatisch verändern würde, ausgesprochen. Selbst zahlreiche Anlieger der jetzigen Bundesstraße positionierten sich gegen den Neubau, der keine echte Entlastung vom Verkehrslärm, sondern nur dessen Verlagerung mit sich bringen würde. Die lokalen Geschäfte und Gewerbebetriebe lehnen die Ortsumgehung auf breiter Front ab. Nach und nach scheint vielen klar zu werden, dass es kleinere Kommunen im ländlichen Raum wirtschaftlich nicht verkraften können, jetzt auch noch von der Erreichbarkeit abgehängt zu werden und fernab der Verkehrsströme in den Dämmereschlaf zu versinken.

Erst im Sommer diesen Jahres war das seit Jahrzehnten geplante Projekt im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf aufgenommen worden und erst dann wurden Pläne und Visualisierungen publik, die der Bevölkerung das ganze Ausmaß der Baumaßnahme drastisch vor Augen führten.

Mit der Unterschriftenaktion haben die BIs dem Bürgerwillen eine Stimme verschafft und so einen Weg gefunden, an die Vernunft der lokalen Politik zu appellieren. Die Lauterbacher GRÜNE Stadtfraktion hat sich schon immer gegen den Neubau der B254 ausgesprochen und unterstützt die Bürgerinitiativen tatkräftig, ebenso wie ich als MdL. Die Gemeinde Wartenberg und die Stadt Lauterbach haben für den 28.



und 29.11. jeweils Sondersitzungen der Kommunalparlamente angesetzt, um einen Beschluss zu fassen. Am 30.11. berät der Verkehrsausschuss im Bundestag über die Ausbaugesetze, die dann hoffentlich dem Bürgerwillen Rechnung tragen werden.

## EUROPÄISCHE WOCHE DER ABFALLVERMEIDUNG



Umweltministerin Priska Hinz hatte bereits im Frühjahr 2016 die Aktion „BecherBonus“ ins Leben gerufen. Die Initiative fördert wiederverwendbare Becher für unterwegs und zeigt einen Weg zur Müllvermeidung und nachhaltigen Genuss von Getränken unterwegs auf. Aktuell beteiligen sich 32 Unternehmen mit über 2.600 Filialen in ganz Deutschland. Bei der „BecherBonus“-Initiative gewähren Bäckereien und Gastronomie-Betriebe Kundinnen und Kunden einen Preisnachlass von mindestens zehn Cent, wenn diese einen eigenen, wiederverwendbaren Becher mitbringen.

[Mehr Informationen finden Sie hier.](#)

## BUNDESVERSAMMLUNG - GRÜNE KANDIDAT\*INNEN

Der hessische Landtag hat die Kandidatinnen und Kandidaten für die Mitglieder der 16. Bundesversammlung zur Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten gewählt. Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag wurden folgende Personen bestimmt:

- Priska Hinz, Hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Tarek Al-Wazir, Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
- Daniela Wagner, Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Kai Klose, Landesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Gerda Weigel-Greilich, GRÜNE Bürgermeisterin der Stadt Gießen als Ersatzkandidatin

[Mehr Infos zur Bundesversammlung hier.](#)

## HASSKOMMENTARE IM INTERNET BEKÄMPFEN

GRÜNER Setzpunkt war die zunehmende verbale Gewalt im Internet, die unter anderem demokratieverachtende, fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, flüchtlingsfeindliche oder homophobe Züge annimmt. Wir GRÜNE treten entschieden denen entgegen, die Hass und Gewalt im Netz verbreiten, andere beschimpfen oder herabwürdigen. Wer Grundrechte anderer verletzt und Straftatbestände erfüllt, überschreitet die Grenze zulässiger Meinungsäußerungen. Hier ist einerseits der Rechtsstaat gefragt, aber auch die sozialen Netzwerke müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.

## MODISCHE AKZENTE IM LANDTAG

